



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

Neue Mannheimer Zeitung. 1924-1943 141 (1930)

320 (15.7.1930) Mittagsblatt

[urn:nbn:de:bsz:mh40-353119](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-353119)

Neue Mannheimer Zeitung

Mannheimer General-Anzeiger

Bezugspreise: In Mannheim und Umgebung durch Träger frei Haus monatlich RM. 2.—, in weiteren Gebieten abgeholt RM. 2.50, durch die Post ohne Zustellgebühr RM. 3.—, Einzelverkaufpreis 10 Pf. — Abonnententel.: Marktplatz 6, Schwaningerstraße 10/12, Meerfeldstraße 18, No. Friedrichstraße 4, Poststraße 68, W. Koppenstraße 8. — Erscheinungsort: Mannheim 12. mal.

Verlag, Redaktion und Hauptgeschäftsstelle: R. 1, 4-6. — Fernsprecher: Sammelnummer 24051. Postfach-Konto Nummer 17500 Karlsruher. — Telegramm-Adresse: RemaZeit Mannheim

Kategoriepreise: Im Anzeigenblatt RM. — 40 die 10 mm breite Solenolzeile; im Heftblatt RM. 2.— die 10 mm breite Zeile. — Für im Voraus zu bezahlende Familien- und Gelegenheits-Anzeigen besondere Sätze. — Neben nach Tarif. — Für das Erscheinen von Anzeigen in bestimmten Ausgaben, an besonderen Tagen und für telephonische Aufträge keine Gewähr. — Verlagsort: Mannheim.

Beilagen: Sport der N. M. Z. * Aus der Welt der Technik * Kraftfahrzeug und Verkehr * Die fruchtbare Scholle * Steuer, Gesetz und Recht * Neues vom Film Mannheim Frauenzeitung * Für unsere Jugend * Mannheimer Reisezeitung * Mannheimer Vereinszeitung * Aus Zeit und Leben * Mannheimer Musikzeitung

Mittag-Ausgabe

Dienstag, 15. Juli 1930

141. Jahrgang — Nr. 320

Einigung, aber noch keine Mehrheit

Nach wie vor völlige Unklarheit über das Schicksal der Deckungsvorlagen

Der letzte Versuch

Drahtbericht unseres Berliner Büros
□ Berlin, 15. Juli.

Die Berliner Morgenblätter führen mit dem Rückfragen fort: Was wird heute geschehen, wird aufgeschoben, kommt der Artikel 48 und wenn, was dann? Ein Teil von ihnen benutzt gleichzeitig die Gelegenheit zur Stimmungsmache. Hier steht der Sozialdemokratische Pressedienst oben an. Der berichtet, wie der Fraktionsvorsitzende die Mitglieder der Fraktion aufgefordert hätte, nicht zur Interparlamentarischen Union nach London zu reisen, wenn in voriger Woche würde sich eine Entscheidung der Situation verabschiedet haben und wie schon am 11. Juli der weit voraussichtliche sozialdemokratische Parteivorstand sämtliche Mitglieder der Fraktion dringend aufgefordert hätte, in jedem Augenblick anwesend zu sein. Diese Mahnung, wie wiederholt schon darauf hingewiesen, wiederholt worden und schließlich veröffentlicht das parteiinternste Organ der Sozialdemokratie, das von ihr:

„Sofort nach der etwaigen Verkündung der Notverordnung“ der Antrag auf Aufhebung ein- gebracht würde.

Trotzungen, die man immer wieder von neuem wiederholt, haben sich ab. Wir glauben nicht, daß die Regierung etwas anderes erwartet. Die sozialdemokratischen Kritiker werden sich selbstverständlich vom Kabinett in kein Fall aufnehmen lassen. Bei allem Schein der Sozialdemokratie doch nicht recht gebener zu sein. In einem Vortragsabend des „Vorwärts“ wird zum 10. und letzten Male erzählt, daß die Sozialdemokratie „bis zum letzten Augenblick“ bereit gewesen wäre, an einer Lösung der jetzigen Schwierigkeiten mitzuwirken. Aber an einer Lösung, die eben doch eine sozialdemokratische, also von diesem Kabinett jedenfalls nicht tragbar gewesen wäre. Der Artikel schließt: „Es wird sich zeigen, wie lange man in dem Arbeiterstaat Deutschland mit dem Artikel 48 gegen die Arbeiter regieren kann.“

Das ist eigentlich doch schon

sozialdemokratische Mentalität.

Unseres Wissens sind trotz aller Industrialisierung die Arbeiter, sofern man darunter die Handarbeiter versteht, immer erst ein Bestandteil der Bevölkerung. Die Mehrzahl liegt durchaus bei den bürgerlichen Schichten. Der Arbeiter ist nur, das das Spektrum in seiner Verteilung und seiner politischen Inaktivität häufig genau so sehr ausnahmsweise. Ein Arbeiterstaat ist Deutschland aber auch dadurch nicht geworden.

Es wäre, scheint uns,

ein Gebot der Stunde,

denn der Sozialdemokratie das heute zu Gemüte geführt würde. Ein längerer Schriftsatz, den eine „wahrscheinende demokratische Seite“, also vermutlich Herr Hugenberg, durch sein Telegraphenbüro verbreiten läßt, ist folgender Wortlaut allerdings nur wenig Raum. In diesem Aufsatz wird in einer polemisch gegen einen Artikel der „Deutschen Arbeiterzeitung“ von gestern Abend die Entscheidung dem Zentrum zugeschrieben: „Eine Stunde nachdem das Zentrum sein Bündnis mit dem Zentrum in Preußen aufgelöst“ hätte, könnten die sozialdemokratischen Parteien schon sich zusammenschließen. Man kann durchaus der Auffassung sein, daß das Zentrum in Preußen den Parteifreund Brünning nicht gerade sonderlich unterstützt.“

Diese Offerte indes kommt mindestens zu spät. Wenn Herr Hugenberg, was man einwilligend bezweifeln dürfte, es ernstlich meint, hätte er früher sprechen sollen. Vermutlich haben in dieser vorliegenden Stunde alle diese Reden und Sprüche auch nur wenig Wert. Die Regel ist aus dem Lauf. Inzwischen aller Unannehmlichkeit, schreibt die „Arbeiterzeitung“, steht jedenfalls das eine fest, daß im lebenswichtigen Interesse des Staates und der Wirtschaft und damit des gesamten deutschen Volkes alles geschehen muß, um den Staat auszuheilen und die Finanzen des Reiches in Ordnung zu bringen.

Die Dsthilfe vor dem Reichstag

Drahtbericht unseres Berliner Büros
□ Berlin, 15. Juli.

Der Reichstag kommt jetzt zu den entscheidenden gesetzgeberischen Arbeiten, die er vor der Sommerpause noch zu erledigen hat. Der Antrag, die erste dieser Arbeiten, ist bis auf die dritte Lesung bewilligt. Gekannt wurde die zweite Beratung des Dsthilfeprogramms begonnen, heute soll die der Dsthilfegesetze folgen. Dann bleibt nurmehr übrig, den von Herrn Stegerwald mit anerkannter Mehrheit einstimmig angenommenen Reformen im Programm den letzten Segen zu erteilen. Die Sozialdemokratie vertritt, ihre

offenkundige Abneigung gegen die Dsthilfe

hinter der Maske „schlichter Kritik“ zu verbergen. Wie weltfremd, wie doktrinär sie in Wirklichkeit diese Dinge sieht, zeigte die ungeheuerliche Behauptung, mit der Herr Stilling seine Darlegungen einleitete: „Die Not der Landwirtschaft ist nicht eine Folge der Erzeugung.“ Im übrigen gebührt der sozialdemokratische Redner sich, als ob die Mittel des Dsthilfeprogramms, die ungenügenden Mittel für die Verbesserung und Bewilligung des Verkehrs, die unzureichende Unterstützung der oberirdischen Wirtschaft — Röhren, deren gerade die Bestimmung des Programms am meisten sich bemüht sind — ihre Ursachen in der fehlenden Einsicht der Regierung und nicht in dem masseren Staatsfiskus hätten.

Herr Kleiner von den Deutschnationalen hatte schon Recht, als er in bitterem Unmut fragte, wie groß denn die Unkenntnis über den Dst sein müsse, daß immer offen und verdeckt die Kritik ausgeprochen werden könnte.

Die Dst ist eine „Erkundung subventionen- hungeriger Schichten“.

Er bezeichnet als Ziel der geplanten Aktion die Eingliederung der Dstlichen in die Gesamtwirtschaft des Reiches und zeigte auf, wie Polen ohne Schon vor den Kosten seit Jahr und Tag mit nicht geringem Erfolg sich bemüht, der deutschberieselten Industrie den Rang abzulassen. 138 Millionen Mark sind allein für Frachtenentlastung ausgedacht worden. Daneben werden zwei große Bahnlinsen, die Kanton mit Östlingen und Kanton mit der Etschhofenlinie verbinden sollen, gebaut. Wir haben jetzt schließlich noch 100 Millionen für Frachtenentlastung bereitgestellt, nachdem 200 Gewerbetriebe in Obersachsen stillgelegt und 20 Prozent der Bergarbeiter

entlassen worden sind, der vorliegende Hochofen aus- gegeben wurde und die Förderung um 20% zurückerlangt ist. Der Dst solle nicht zum Rohmaterial des Reiches werden. Es handele sich, meinte der deutschnationale Sprecher, um eine teilmehle Wiedergutmachung dessen, was feindliche Eingriffe, Freilager und Unter- schiebungen der Kriegszeit an Schäden er- zeugt haben.

Der Zentrumsvorsitz, Perltius legte sich für eine Bewilligung der Organisations der Dsthilfe ein, damit die Mittel möglichst ungehindert ihrem eigentlichen Zweck zugeführt werden könnten. Für die Volkspartei erklärte Herr von Rhein- barden, daß das Dsthilfegesetz in der Hauptlinie der Regierung eine Reihe von Ermäßigungen erteile, man also erst an der Ausführung werde erkennen können, wie es sich bewähre. Im übrigen unterließ der Redner, ohne auf ein offizielles Sanctum Wert zu legen, den Zusammenhang zwischen Dst- hilfe und Deckungsprogramm.

Die Aussprache soll heute nach der Beratung der Eisenwege fortgeführt werden. Bei den am Samstag verabschiedeten und gestern nachgeholtten Bestimmungen wurde das Gesetz über die Auswertungshypo- theken in der Ausschüßfassung genehmigt, die Vorlage über den endgültigen Reichswirt- schaftsrat, die eine Zweidrittelmehrheit erfor- derte, dagegen mit 24 gegen 102 Stimmen der Kom- munisten, Deutschnationalen, Christlich-nationalen Bauern und Nationalsozialisten abgelehnt. In- stanz wurde mit 208 gegen 160 Stimmen das Pro- jekt angenommen, nachdem zuvor auf sozialdemokratischen Antrag der Passiv über den Arbeiterlohn nach Gewicht wieder in den Entwurf eingeleitet worden war.

Als erster Punkt der Tagesordnung soll heute der Ausführentertrag wegen des Ruhrerdereubens- unglücks verabschiedet werden.

Und die Westhilfe?

Drahtbericht unseres Berliner Büros
□ Berlin, 15. Juli.

Gestern nachmittag fand im Reichstag unter dem Vorsitz des Ministers für die besetzten Gebiete eine interfraktionelle Besprechung über die Westhilfe statt. Wie man hört, haben einzelne Parteien Bedenken, sich mit Bezug auf die Westhilfe, die einen erheblichen Kostenanwuchs mit sich bringen und auf eine lange Reihe von Jahren sich erstrecken soll, schon jetzt schuldig.

Zustimmung der Regierungsparteien zum Deckungsprogramm

Drahtbericht unseres Berliner Büros
□ Berlin, 15. Juli.

Gestern nachmittag um 4 Uhr haben die Führer der Regierungsparteien den Kanzler von der endgültigen Stellungnahme ihrer Fraktionen unterrichtet. Sie haben mit einigen Wenn und Aber, die man wohl den Wählern schuldig zu sein glaubt, zugestimmt, die Deckungsvorlagen im Plenum anzunehmen und den in der Sonntagunterredung mobilisierten Entwürfen über die Paragrafengabe zu unterzeichnen. Auch die deutschnationalen Bauern, die bis zuletzt noch Schwierigkeiten machten, haben sich der nun wieder geschlossenen Front angeschlossen bis auf Herrn von Kessel, der sich ausgedehnt hat, in einer persönlichen Erklärung zum Ausdruck zu bringen, daß er die Reichshilfe für verfehlt hält.

Der Vorsitzende der demokratischen Fraktion, Staatssekretär a. D. Meyer, hat Herrn Brüning ein herzliches Schreiben überreicht, in dem vor allem verlangt wird, aber die diesmal geplanten 100 Millionen Mark hinaus im kommenden Jahr noch weitere 20 Millionen zu erschaffen.

Trotz der Einigung der Regierungsparteien ist die Aussicht auf die parlamentarische Erledigung der Dsthilfegesetze wiederum geringert ge- worden. Die Deutschnationalen haben von

neuem befunden, daß sie die Projekte der Re- gierung ablehnen würden, zumal die Kopf- heizer nicht ihren Erwartungen entspräche.

Nach einer Unterredung des Ernährungministers Schiele mit dem Grafen Westarp hat Herr von Westarp an dem Kanzler geschrieben, daß die parlamentarischen Stellen daher nur noch mit ungefähr vier bis fünf deutschnationalen Insassen. Daneben wird es vielleicht noch einige Entsetzungen geben.

Die Sozialdemokraten haben aber jetzt die Parole ausgegeben: Alle Mann an Deck und ihre noch abwesenden Mitglieder telegraphisch auf- gefordert, heute auf jeden Fall zur Stelle zu sein. Gekannt abend um sechs Uhr ist das Kabinett zu- sammengetreten, um sich über sein Vorgehen schlüssig zu werden. Man nimmt an, daß der Kanzler heute bereits die unterschiedlichen Notverordnungen in den Reichstag mitbringen will, um sie im abge- sehenen Augenblick zu verlesen. Dann wird das Dst- hilfegesetz zu ihnen führen können. Die Auffassung ist allerdings im Reichstag allgemein, daß die von den Sozialdemokraten und Kommunisten zu erwar- tenden Aufhebungsanträge von einer liberell recht beträchtlichen Mehrheit abgelehnt werden. Man glaubt, daß in diesem Fall auch die Deutschnatio- nalen geschlossen gegen die Aufhebung der Notverord- nungen, also für die Regierung sich erklären werden. Wie wir weiter erfahren,

Die Arbeitslosigkeit in England

Drahtbericht unseres Londoner Vertreters
□ London, 15. Juli.

Das rapide Anwachsen der Arbeitslosigkeit hat nun auch in England zu einer Krise der Er- werbslosenfürsorge geführt. Die in Deutsch- land so findet auch hier die Finanzierung der Unter- stützungen erhebliche politische Schwierigkeiten, nicht nur weil der Staatshaushalt durch die dauernde Steigerung der erforderlichen Summen schwer be- lastet wird, sondern vor allem aus grundsätzlichen Meinungsverschiedenheiten über den Charakter der Fürsorge. Bis vor einigen Jahren wurde die Arbeitslosenunterstützung hauptsächlich aus den Er- trägen einer besonderen Sozialversicherung finan- ziert. Als die Arbeitslosenziffer 1 Million überstieg, wurde es notwendig, Anleihen aufzunehmen und 1928 brachte die konservative Regierung ein Gesetz ein, in dem die Verwaltung der Arbeitslosenver- sicherung ermächtigt wurde, den Staatskredit bis zu 800 Millionen Mark in Anspruch zu nehmen. Seit dem Amtsantritt der Arbeiterregie- rung ist nicht nur die Zahl der Arbeitslosen enorm gestiegen, sondern auch infolge gesetzlicher Reformen die Zahl der Unterstüßungsberechtigten. Der Ver- sicherungsfonds näherte sich der Erschöpfung und machte im März keine

Anleihevollmacht auf eine Milliarde Mark ausgeben.

Jetzt ist auch diese Grenze fast erreicht und die Re- gierung hat angeklagt, daß sie dem Unterhand ein Staatsgesetz vorlegen muß, durch das der Fond um weitere 200 Millionen auf 1,2 Milliarden Mark erhöht wird. In dieser Vorlage kommt ganz offen die Befürchtung der Regierung zum Aus- druck, daß es nicht gelingen wird, die weitere Stei- gerung der englischen Arbeitslosigkeit auf über zwei Millionen hinaus zu verhindern. Tatsächlich ist diese Grenze bereits fast erreicht und überschritten. Doch die Zahl der offiziell Unterstüßten liegt noch unter 2 Millionen.

Im Unterhaus kündigte sich bereits eine heftige Auseinandersetzung über die Frage der Arbeits- losenversicherung an. Die Konservativen haben sich bei der letzten Erhöhung im März nur mit größtem Widerstreben die weitere Ausdehnung der Unterstü- gungsübertragung aufzugeben lassen und werden jetzt zweifellos die geschwächte Lage der Arbeiter- regierung zu einem Generalangriff auf die Arbeits- losenversicherung ansetzen.

Beabsichtigt Dr. Brüning, sich vom Reichs- präsidenten auch ein Aufhebungsgesetz unter- zeichnen zu lassen, von dem er indes nur Gebrauch zu machen gedente, wenn ein Mi- traubensvotum eingebracht werden sollte.

Darüber geht mit aller Deutlichkeit hervor, daß auch die Regierung von einem Antrag auf Aufhebung ihrer Notverordnungen nichts befürchtet. Der Ko- binettvortrag ist bald nach seinem Zusammentritt wegen der Bestimmungen im Reichstag unterbreiten wor- den. Der Kanzler hat nach der Plenarberatung noch einige Minuten an der Fraktionsbesprechung des Zentrums teilgenommen.

In der neunten Abendstunde haben dann die Minister in der Reichskanzlei ihre Beratungen fort- gesetzt. Sie wurden eingeleitet mit einer Sonderkon- ferenz der juristischen Sachverständigen der Reichs- regierung über die konstitutiven Fragen, die mit der Anwendung des Artikels 48 zusammen- hängen würden.

Das Zentrum wird, wie wir hören, bei der Dis- kussion über die Kopfsteuer im Reichstagsplenum erklären, daß es nach wie vor für die Einführung dieser Steuer eintreten würde. Im übrigen nimmt man an, daß die Oppositionsparteien, da in der Kopf- steuerentscheidung der Regierungsparteien heute erst zur ersten Lesung gestellt wird, die Mitwirkung an den Ausführenterträgen und auch durchsetzen wer-

Der Mannheimer Gefängniswagen

Die „Seele“ des „Grünen August“

Jeder Selbstfahrer weiß es, daß sein Benzinmotor eine Seele hat. Diese Seele ist nicht gerade unfompliziert. Wenn man sich länger und tiefer mit dieser Seele befaßt, so wird man sogar konstatieren können, daß auch dieses Wesen ein — Unterbewußtsein und ein Oberbewußtsein hat. Man wird dann auch bald in der Lage sein, ein Liedchen von diesem Unterbewußtsein zu singen. Beispiel: Ein Mann hat es sehr eilig, bracht auf den Anläufer, ein Hochlen, ein Schurren und der Motor springt — nicht an. Was ist schuld? Das Unterbewußtsein dieses raffigen Geschöpfes; die blinden Triebe herrschen vor und lassen einladend: ... füllt uns gar nicht ein, drück auf den Knopf so lang du müßt, bis du schmerzlich wirst. Ja, ja! Wunderbar, daß diese Behörersinnverweigerung immer dann vorherrscht, wenn's ihm eilt, oder wenn er „ist“ mit seinem schnittigen Gefährt importieren möchte.

Aber es gibt ein Benzinspiel, bei dem diese Triebe eine ganz untergeordnete Rolle spielen, das nur eine Fein-; Pflückerfällung ohne Widerrede. Und auch die Karosserie hat ihr diese Seele ganz und gar angepaßt, ist nüchtern, trocken und beugt sich mit einem abgemessenen grau-grün-blauen Kleid, dessen Indusriefarbe nach einem ureigenen geschäftlichen Verfahren unter künstlicher Aufsicht gebräunt und aufgetragen wird. Es ist der Gefängniswagen, der „Grüne August“, wie er im Volksmund genannt wird.

Dem Charakter entsprechend ist auch der Ordnungssinn fort angepaßt und zeigt sich in Gehalt von

10 kleinen Rümmerlein,

die, in der Karosserie eingebaut, wie ein Ei dem anderen gleichen, und so schön sind, daß ein normaler Mensch nach 2 Kilometer Fahrt seine Knochen nicht mehr spürt. Das hat zur Folge, daß der Insasse keinen Gefühlen und keiner Stimmung erführenden Wandrad verleiht durch Gefühlsregel der Hände mit kurzen Sentenzen wie: „Nicht alle Hoffnung hinter mich, die ihr hier ertrachtet!“ Aber die macht schon lange keinen Eindruck mehr auf den Fahrer. Er ist zu abgefeilt, hat schon zu viel gehört und gesehen. Er tut nur seine Pflicht und bringt dich mit Hammerwerkzeug, Scherheit und Akkuratesse dahin, wo du auf höherem Befehl hin sollst: Ins Gefängnis! Wenn du dann am Bestimmungsorte anstiehst, deine Glieder reißt und dir dieses unbeliebte Gefährt von außen betrachtest, da scheint es zum ersten Male zu lächeln, als wolle es sagen: „So, du bist da waren wir! Gehst dich wohl, du bist hier gut, sehr gut aufgehoben!“
Bertl.

Nicht aufspringen!

Ständig wird vor dem vorgelagerten Abfertigen von der Straßenbahn und vor dem Ausfahren während der Fahrt gewarnt und trotzdem ist dieser Unfall nicht auszuweichen, der auch schon so viel Unheil im Straßenverkehr verursacht hat. Gestern nachmittag hat sich wieder ein solcher Unfall ereignet, der auf das Konto Unvorsichtigkeit bei Benutzung von Verkehrsmitteln zu setzen ist. Eine Mehrfache Schülerin aus Bad Dürkheim wollte auf einen Zug der Mittelbahn aufspringen, als er das Depot in der Gollinstraße verließ. Dabei kam das Mädchen so unglücklich an Fall, daß ihr das rechte Bein unterhalb des Knies abgefahren wurde. Nach Anlegung eines Rotverbandes wurde die Verunglückte ins Sanitätsamt ins Bild. Kranfensens verbracht.

8,5 Millionen Mark Hagelschaden 1929

Nach einer Mitteilung des Statistischen Bundesamtes sind im vorigen Jahre in Baden an 22 Tagen über insgesamt 112 Gemeindegemeinden Hagel weiter niedergegangen, die auf einer Gesamtfläche von 42.142 Hektar einen Schaden im ganzen von 8.512.000 M verursachten gegen 4.028.000 M Gesamtschaden im Jahre 1928. Der Hauptanteil an Fläche und Schaden betrug (78 bez. 74 Prozent) entfällt auf den Monat Juli, mit 14 Hageltagen; 2441 Hektar geschädigter Fläche und 6.778.000 M Schadensumme.

* Silberhochzeit und Gedächtnisfeier. Die Eheleute Frank, Inhaber des Restaurants „Schneefeld“ Friedrichselderstraße 18, feiern am morgigen Mittwoch, 16. Juli, das Fest der Silberhochzeit. An diesem Tage beehrt das Jubelpaar sein hohes Gedächtnisjubiläum und ist seit 25 Jahren Eheverleiher Selbsten.

Das kommende Brotgesetz

Protektanz nur nach Gewicht — Sorgfältigste Qualitäten — Die Bedeutung für die Volksernährung

Am 15. August d. J. soll das neue Brotgesetz mit Gültigkeit bis zum 30. September 1930 in Kraft treten. Eine Umfrage bei den Roggenanbauern, bei den Vorkaufsstellen und bei den Märgern der Provinz über die voranschreitenden Maßnahmen zur Brotfrage auf den Konsum hat folgendes Resultat ergeben:

Aus dem jetzt neu zur Beratung stehenden Nahrungsmittelgesetz hat man die Brotfrage ausgegliedert, weil sie einen Teil der Maßnahmen bildet, die die Reichsregierung zur Sicherung der Roggenverteilung ins Werk gesetzt hat. Das im Volkswirtschaftlichen Ausschuss des Reichstages am 28. Juni angenommene Brotgesetz wird dem Plenum des Reichstages am 1. August vorgelegt werden. Es besteht begründete Aussicht, daß es die Genehmigung der Volksvertretung findet.

Der neue Entwurf stellt gegenüber den Vorschlägen vom März d. J. eine Reihe von Verbesserungen auf. Nach dem neuen Brotgesetz werden in Zukunft für den Verkauf in Deutschland nur 4 Brotarten zugelassen:

1. Reines Roggenbrot. Dieses darf nur hergestellt werden aus 97 v. H. Roggenmehl, das zu 90 v. H. ausgebacken ist.
2. Reines Roggenweizenbrot (Vollkornbrot). Zu seiner Gewinnung sind Weizenkörner zu verwenden, die abgesehen von den Keimlingsverlusten zu 100 v. H. ausgemahlen oder geschrotet sind.
3. Das gekennzeichnete Roggenweizenbrot, das aus 80 v. H. Roggenmehl und höchstens 17 v. H. Weizenmehl bestehen darf, und
4. Reines Weizenbrot.

Mit einer solchen Gruppierung ist zunächst ein fester Rahmen geschaffen, der dem Verbraucher der bisherigen Roggenmische ein Ende zu machen bezweckt ist. Das Gesetz bezieht sich aber nicht damit, bestimmte Normen anzuführen, sondern es will auch dadurch erzielt werden, daß es den

Protektanz nach Gewicht

in Zukunft vorschreibt. Nur in wenigen Landesstellen Deutschlands herrscht bisher schon ein solcher Brauch. Im allgemeinen wurde an einem konstanten Brotgewicht festgehalten, während sich die Brotgewichte je nach der Preisbildung des Getreides änderten. In Berlin z. B. bildete das „Vollkornbrot“ einen festen Begriff in der Kalkulation der Lebenshaltung. Dem Bürger kam es nur bei großen Preisveränderungen des Getreides zum Bewußtsein, daß er mehr resp. weniger Brot erhielt. Ueberdies war die Kontrolle des Brotgewichtes dadurch erschwert, daß das Brot selbst unter normalen Temperaturen sehr schnell einen großen Teil seiner Feuchtigkeit abgibt. Mit all diesen Mängeln wird das neue Gesetz aufzuräumen. Der Käufer des Brotes wird in Zukunft genau wissen, wieviel er für sein Geld erhält, er wird ferner wissen,

Einschneidende Änderungen im Kriegsbeschädigtenrecht

Die von der Reichsregierung vorgelegten Novellen zum Kriegsbeschädigtenrecht und zum Verfallrecht sind am 1. Juni im Reichstag verabschiedet und dem Reichstage zur beschleunigten Erledigung zugegangen.

Neben einigen Änderungen die die Durchführung der Heilbehandlung durch die Krankenkassen betreffen, bringt die

Novelle zum Kriegsbeschädigtenrecht in erster Linie starke Spezialregeln. Hierdurch soll den Kriegsteilnehmern mit Wirkung vom 1. April d. J. umschlüssig gemacht werden, noch neue Verden als Folgen einer Kriegsbeschädigung mit einem Rechtsanspruch wegen Verschlimmerung eines anerkannten Dienstbeschädigungsleidens anzuzurechnen, für das am 1. April d. J. keine neue Besondere wurde. Die große Zahl der bisher abgeleiteten Kriegsbeschädigten mit einer Erwerbsbeschränkung von 20 Prozent und weniger soll demnach bei Verschlimmerung ihres Leidens nur noch einen Anspruch auf Wiedergewährung der Rente haben. Schließlich sollen die für Kriegermatten gewährten Rinderzuschläge auf das Kriegsgeld angerechnet werden. Durch die

Novelle zum Verfallrecht begreift die Reichsregierung vor allem eine Vereinfachung und dadurch eine Vereinfachung und Beschleunigung des Spruchverfahrens vor den Verfallungsgerichten. Diesen Zweck hofft sie zu erreichen durch wesentliche Erweiterung der Befugnis der Kammer- und Senatsvorsitzenden, Einzelsfälle durch schriftliche Verfügung ohne mündliche Verhandlung zu erledigen, sowie durch eine erhebliche weitere Einschränkung des Rechts, gegen die Urteile der Verfallungsgerichte das Reichsoberverwaltungsgericht im Rekursverfahren anzufordern.

von welcher Zusammenfassung die von ihm erhaltene Ware ist.

Da diese Vorgänge für den Kauf der zugehörigen amtlichen Stellen genügen, um das Roggenbrot wieder populärer zu machen.

Von verschiedenen Seiten wird der Einwand gemacht, daß bei einer Ausmahlung von 90 v. H. das Roggenbrot zu hell ausfallen und daß ihm der charakteristische, leicht säuerliche, aromatische Roggenbrotgeschmack fehlen werde. Man befürchtet in diesen Kreisen, daß die gezielte Neuordnung der Konsumanten noch härter vom Roggenbrot abbringen werde als bisher. Es ist auch die Frage zu stellen, wieweit Deutschland mit einer entsprechenden Ausmahlung mit seinen Nachbarländern hin soll, einmal es schon sehr schwer fällt, für diese einen ausreichenden Absatz zu finden. Hinzu kommt, daß die Kette in Deutschland keinen Vollbruch genügt und das benachbarte Polen es in der Hand hat, den Verkauf inländischer Mele durch ein Dumping unendlich zu machen.

Bevor man auf die Berechtigung dieser Einwände einzugeht, wird man abwarten müssen, wie sich das neue Brotgesetz in der Praxis

auswirkt. Nach den Erhebungen des Bäckereisanktions sind eine Ausmahlung von 90 v. H. (Roggenweizenmehl) bisher nur bei 10 v. H. eine Ausmahlung von etwa 90—95 v. H. (Roggenweizenmehl) nur bei 20 v. H. des gesamten Roggenweizenverbrauchs hat. Eine zwangsweise Einführung des niedrigen Ausmahlungsgrades von 90 v. H. ist rein mathematisch gesehen, sehr wohl geeignet, eine nicht unmerkliche Steigerung des Roggenverbrauchs herbeizuführen. Ob sie dies in Wirklichkeit tut, heißt auf einem anderen Blatte.

Nach den Erhebungen nachstehender Stellen wird der Roggenverbrauch durch das neue Brotgesetz um etwa 600.000 bis 700.000 Tonnen erhöht. Was die Befehung bestimmter Gewichtseinheiten anlangt, so führt dieses Vorhaben auf den Widerstand der Bäcker. Gerade diese Befehung ist aber nach Auffassung des Gesetzgebers dazu angetan, den Bäcker zu härterer Kalkulation zu zwingen und den Brotpreis zu senken. Auch hierin vertritt man sich eine allmähliche Steigerung des Roggenverbrauchs und eine Verringerung der deutschen Roggenpreise. Ueber den Verdienstanteil bei der Brotherstellung gehen die Meinungen auseinander. Die Wirtschaft dürfte sich von den amerikanischen Verhältnissen nur wenig unterscheiden. In den Vereinigten Staaten ist amtlich festgelegt worden, daß der Bäcker für seinen Weizen etwa 80 v. H. der Märgen 60 v. H. des Brotpreises erhält, während sich in die restlichen 10 v. H. der Getreidehälften, die Märgen und die Fruchtmerkmale, einschließlich der Weizenhälften, teilen.

Ganz aus dem Brotgesetz ausgeschlossen ist die Brotkategorie. Hier soll die Spanne zwischen Roggen- und Weizenmehl den Ausfall gleich sein.

Autofallen

Mit der einliegenden Reifezeit häufen sich die Klagen über die Autofallen und das Autokopieren. Trotz Verfügung der Regierungspolizei ist es bisher nicht gelungen, das Unwesen dieser jenseits von einzelnen Gemeinden geschlossenen Einrichtung auszuwurzeln. Eine klare Bestimmung des preussischen Ministeriums des Innern erdriert, wann gestraft werden soll und in welchem Maße von einer Strafe abgesehen ist. Sie besagt, daß eine mündliche Verwarnung an Ort und Stelle genügt, wenn die Schuld gering und die Folgen unbedeutend sind.

Niemand hält sich an diese Verfügung und viele Kraftfahrer werden, wenn sie von ihrer Verleumdung beinahe, durch Strafmandate überrascht, deren Zusammenfassung oft kaum ermittelbar oder ermittelbar ist.

Dem Automobilklub von Deutschland kommen täglich Klagen dieser Art aus Automobilistenkreisen zu. Ein besonders trauriger Fall wird aus einer Gemeinde mitgeteilt. Danach fährt in dieser Gegend ein mit dem Ortspolizisten und Landjäger besetztes Auto ein bis zwei Stunden an den Hallen vorbei die Dorfstraße auf und ab, und nach der Mitteilung wird jedes Auto, das vorbeifährt, aufgeschrieben. Die Geschwindigkeitskontrolle erfolgt auf Grund der Tachometerabgabe dieses Wagens, der zeitweilig ein hohes Tempo einschlägt, um die Kraftfahrer zu loden. Wegen dieser verkehrspolitischen Einrichtungen will der genannte Automobilklub einschreiten und ersucht die Automobilisten um Bekanntheit der auf den Reisen angegriffenen Autofallen.

* Im Autobus nach Schwetzingen. Wir machten auch an dieser Stelle auf den Fahrplan der Autobusverehrliche Mannheimer-Schwetzingen aufmerksam, der im Angelegenheit verdient nicht wird.

* Steigende Temperaturen. Nachdem es gegen Ende der vorigen Woche ordentlich abgekühlt hatte, sind seit Sonntag die Temperaturen wieder im Steigen. Während wir am Sonntag eine Höchsttemperatur von 20 Grad hatten, zeigte der Montag bereits 23 Grad und heute morgen hatten wir 22 Grad (gestern morgen 18 Grad). In der Nacht zum Montag war die niedrigste Temperatur 10,5 Grad, in der vergangenen Nacht 12 Grad, gestern abend zeigte das Thermometer 15,5 Grad. Als mehrere kleine Regenschauer niedergingen, hatte man das Gefühl drückender Wärme und die Hoffnung, daß das Thermometer wieder niedrige Sprünge zwischen 15 und 20 Grad machen werde, was und noch lieber ist, als andauernder Regen und trübes Wetter.

Bereinstellungen

* Friedlichspart. Die Karlsruher Volkstheaterkapelle unter Leitung von Obermusikdirektor Eißig ist für den kommenden Sonntag von der Vaxler in die zwei Konzerte verpflichtet worden. Die musikalischen Darbietungen dieser beiden Abende werden bei der Besonderen Besondere Aufmerksamkeit finden. Wir verweisen auf die Programme in dieser Nummer.

Kommunale Chronik

Der Annweiler Vorkaufschlag genehmigt

* Annweiler, 14. Juli. Der Vorkaufschlag der Stadt Annweiler konnte nun endlich auch zum Abschluß gebracht werden. Die ursprünglichen Zahlen: Gesamteinnahmen 220.000 M., Markt, Gemeindeförderung 200.778,71 M., ungedeckter Beschlag 74.000 M., konnten durch Erhöhung der Biersteuer auf 7 Prozent und einzelne Abträge bei den Personalausgaben durch Abbau der Beschlaganlage und der Sonderzuschläge etwas günstiger gehalten werden. So daß noch 47.000 Mark ungedeckter Beschlag verbleiben, der durch Zuschüsse aus dem Kreishaushalt, Weizenförder und evtl. durch Darlehen gedeckt werden muß.

* Freiburg i. Br., 14. Juli. Der Bürgerausschuß Freiburg hatte sich mit einer großen Anzahl von Vorlagen, die in der Wirtschaft und Grundbesitzveränderungen beim Lande bestanden, zu befassen. In einer Aussprache prinzipieller Natur wandte sich eine große Mehrheit der Ausschüsse gegen die kommunalen Grundbesitzkäufe ohne Not. Die wichtigste Vorlage, die Schaffung einer Verkehrsverbindung nach dem Indusriefeld durch Ausbau der Straßenbahn mit einem Aufwand von 100.000 M. und einen jährlichen Instandhaltungsbetrag von 20.000 M. wurde abgelehnt und in Vorschlag gebracht, die Verbindung privater Initiative eventuell mit Stadtunterstützung zu überlassen.

Die hohen Kosten des Tabak-Einkaufs

verpflichten uns, sehr sorgfältig - unter Ausnutzung aller technischen Neuerungen - zu fabrizieren. Es wäre Vergeudung, durch unsachgemäße Verarbeitung die vorzüglichen echten Orient-Tabake nicht rein und voll entwickelt zur Geltung zu bringen.

Kolibri

GREILING · A · G · DRESDEN



